

STEIRISCHE Volksstimme

Das Weststeirische Echo

Ausgabe 2c, Februar 2014 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

ZEITUNG DER STEIRISCHEN KPÖ

Trotz Mindestpension kein Anspruch auf Wohnbeihilfe

Seite 4/5



Der Regress kann jeden treffen. Die Landesregierung mauert bei der Abschaffung dieser Strafsteuer für Angehörige, die es nur in der Steiermark gibt. Die KPÖ errichtete vor den Landhaus eine symbolische Mauer, die bei jeder Landtagssitzung länger wird, solange der Regress nicht fällt.

Bürozeiten der KPÖ:



Bezirkssekretär
Christian Masser,
jeden Mittwoch
von 9.30-12 Uhr

KPÖ Voitsberg, C.v. Hötzendorf-
straße 29, Tel. 03142/22 421

Kahlschlag-Koalition:

Bezirke und Gemeinden werden wegrationalisiert, Schulen geschlossen, Polizeistationen „eingespart“: Was bleibt von der Steiermark nach Voves und Schützenhöfer? Die KPÖ ruft zur konstruktiven Gegenwehr gegen die Kahlschlagpolitik der Landesregierung auf. Tel. 0316/ 877 5102



Mehr aus dem
Bezirk Voitsberg

Seite 11 bis 14



Unsere Gemeinde Unsere Heimat

Kahlschlag-Koalition.
Die Steiermark wird auf
den Kopf gestellt

© Iljzen Priewe / Fotolia.com

Tagung der steirischen Gemeindeinitiative Gang zum Verfassungsgericht wegen Zwangsfusionen

Über 120 Gemeindevertreter sowie Vertreter von Bürgerinitiativen haben sich vor kurzem in Hart bei Graz zu einer Klausurtagung getroffen.

Bei der Tagung wurde unter anderem der Entwurf eines Rechtsgutachtens zur zwangswweisen Zusammenlegung von Gemeinden vorgestellt und ausführlich diskutiert. Dabei hat sich herauskristallisiert, dass viele

von der Zwangsfusion bedrohten Gemeinden unter Zuhilfenahme dieses Gutachtens den Weg zum Verfassungsgerichtshof gehen werden und Beschwerde gegen das beschlossene Gemeindestrukturreformgesetz erheben wollen.

Die Gemeindeinitiative wird gemeinsam mit den Gemeinden rechtliche Hilfestellung erarbeiten.



Kommentar

von KPÖ-LAbg.
Claudia Klimt-Weithaler

Neues Jahr, neues Glück?



Der Jahreswechsel ist die Zeit der Glückwünsche. Wir wünschen uns gegenseitig ein gutes neues Jahr, Gesundheit, Erfolg und vor allem Glück. Leider gibt es immer mehr Menschen, die ihr „Glück“ im Glücksspiel suchen. Die dramatischen Folgen: Nach offiziellen Angaben des Landes sind in der Steiermark bis zu 80.000 Menschen direkt oder indirekt (als Angehörige) von der Spielsucht betroffen.

Gleichzeitig gibt es in keinem anderen Bundesland eine so hohe Dichte an Glücksspielautomaten. Derzeit sind es 3200 Geräte, mit der von Landeshauptmann Voves und seinem Stellvertreter Schützenhöfer ausgepackelten Vergabe von Lizenzen an die Glücksspielindustrie sollen noch 1000 dazu kommen.

Als wäre das nicht schlimm genug, kommt nun ein Vorstoß der Bundesregierung, der die schon beschlossene Abschaltung der nach dem alten Gesetz betriebenen Geräte nach dem 31.12.2015 in Frage stellt. Künftig sollen – so wollen es Faymann und Co. – nicht mehr die Gerichte dagegen vorgehen können, sondern nur mehr die Verwaltungsbehörden. Wir wissen aber aus der Vergangenheit,

dass diese weder die Ressourcen haben, noch einen wahrnehmbaren Willen zeigen, dem illegalen Glücksspiel einen Riegel vorzuschieben.

Das ist sehr bedenklich, denn damit wird das Strafrecht ausgehebelt und dem illegalen Glücksspiel Tür und Tor geöffnet! Es ist kein Geheimnis, dass die Gewinne für die Betreiber vielerorts so hoch sind, dass sie gerne hin und wieder eine Verwaltungsstrafe zahlen werden.

Die Landesregierung hat ihren gesetzlichen Spielraum voll ausgeschöpft, um die größtmögliche Zahl an Automaten in die Steiermark zu holen. Mit der Entkriminalisierung illegaler Automaten wird es einen Mix aus legalem und illegalem Glücksspiel geben.

Das Argument von Voves und Schützenhöfer, das Land müsse legale Automaten zulassen, um das illegale Glücksspiel zu verhindern, wird dadurch vollkommen unglaubwürdig. Es gibt nur einen einzigen verantwortungsvollen Umgang mit dem Kleinen Glücksspiel: den Ausstieg! Das Automatenenspiel ist eine letztklassige Geschäftemacherei mit dem Unglück der Betroffenen und gehört endlich abgestellt!

SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!

INFO TEL. 0316 / 875 5101

www.mindestsicherungsrechner.at

KPÖ

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler



Zukunftssicherheit für steirische Tierheime

Die leitenden Verantwortlichen mehrerer steirischer Tierheime haben auf ihre dramatische Situation aufmerksam gemacht. Die KPÖ hat deshalb an den zuständigen Landesrat aufgefördert, Vertreter und Vertreterinnen der Tierheime zu einem Runden Tisch einzuladen. Ziel muss es sein, diese wichtigen Einrichtungen finanziell abzusichern.

Dieser Antrag liegt nun auf dem Schreibtisch von Landesrat Kurzmann (FPÖ), die KPÖ wartet auf Stellungnahme.

Derzeit bekommen die Tierheime unterschiedliche Sätze für jeden Platz, jährlich zwischen 800 und 1600 Euro. Bei einer Pressekonferenz im Oktober 2013 sagte Dr. Haider, Obmann im Tierheim Franziskus: „Die Tierheime brauchen nicht mehr Mittel, aber diese müssen endlich sinnvoll und gerecht eingesetzt werden.“ Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler kritisierte in diesem Zusammenhang die 52.000 Euro, die Landesrat Kurzmann für eine Evaluierung der Tierheime ausgibt.

Der Bauernbund und die Bauern

Wahre Lobeshymnen hat man beim Bauernbund und bei der ÖVP beim Wechsel von LK-Präsident Wlodkowski zu seinem Nachfolger angestimmt.

Ich habe da eine andere Meinung. Die Politik der Spitzenvertreter des Bauernbundes ist gut für Raiffeisen, die kleinen Bauern haben es aber Jahr für Jahr immer schwerer. Es ist nicht gut, wenn alles in der Hand einer Partei ist.

Bei dieser Politik setzt sich immer wieder die Agrarindustrie durch. Und die EU bestimmt, wie die Bauern bei uns wirtschaften müssen.



Jürgen Höfler,
KPÖ-Gemeinderat
in Schönegg

Die Landesregierung nimmt durch ihre rücksichtslose Vorgangsweise in Kauf, dass viele Tierheime in finanzielle Schwierigkeiten, obwohl sie äußerst sparsam wirtschaften.

Kurz vor Weihnachten ließ Kurzmann allerdings mit einer Zeitungsmeldung aufhören:

Ein Sachverständiger hat ein neues Fördermodell entwickelt, die Förderungen sollen um rund 422.000 auf 1,7 Millionen Euro jährlich steigen – sofern die TierheimbetreiberInnen die neuen Verträge bis Ende Februar akzeptieren.

Es gibt eine gesetzliche Verpflichtung des Landes für die Unterbringung zurückgelassener Tiere zu sorgen. Dieser Verpflichtung müssen die Verantwortlichen auch nachkommen. Die Leiterin, Frau Mag^a. Mocnik, wies darauf hin, dass solange dies nicht der Fall ist, dringend Spenden benötigt werden, damit das Tierheim seine Aufgaben erfüllen kann.

Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, die sich bei einem Besuch vor Ort über die Situation informiert hat, überreichte einen 100-Euro-Baustein und bittet alle, die die Möglichkeit dazu haben, das Heim zu unterstützen. Kontakt: www.tierheimfranziskus.at

Ob sich der Landesrat dazu bereit erklärt, den geforderten Runden Tisch einzuberufen, werden wir hoffentlich demnächst erfahren.



**TIERHEIM
FRANZISKUS**
www.tierheim-franziskus.at
8582 Rosental a.d. Kainach, Franziskusweg 1

www.tierheim-franziskus.at

Tel. 0680 20 66 057

Konto: 5614318000
BLZ: 44810



Pippi. Die 1,5 - 2 jährige Pippi sucht liebevolle und aktive Menschen. Pippi ist verschmust, liebt alle Menschen sehr. Leider reagiert Pippi auf andere Hunde nicht so freundlich, daher suchen wir für die, wunderhübsche Hündin einen Einzelplatz bei hundeerfahrenen Menschen! Pippi liebt das Laufen an der Leine. Ihr Beizubringen am Rad mitzulaufen wäre für sie das Schönste! Pippi leidet sehr im Tierheim und wir würden uns über ein liebevolles zuhause sehr freuen. Pippi wird vollständig geimpft, mit EU Impfpass, kastriert, gechippt, entwurmt und entfloht vermittelt.



Markus musste bereits so viel erleben. Er hat sich beinahe aufgegeben. Doch dann retteten ihn Tiereschützer aus der Hölle und brachten ihn zu uns. Nun ist Markus sicher, und das Leuchten in seinen Augen ist wieder da. Markus ist ca. 8 Jahre jung, ein absoluter Schmuser. Er ist sehr sensibel, und braucht anfangs ein bisschen Zeit, bis er entspannt. Zu Frauen fasst er schneller Vertrauen als zu Männern. Markus ist so ein Schatz, nach nur 2 Tagen bei uns, war er wie ausgewechselt. Nun wünscht sich der entzückende Border Collie Mischling ein liebevolles und ruhiges zuhause. Wer kann dem kastrierten, entwurmt, entflohten, gechippten und geimpften Rüden helfen?

REGRESS ABSCHAFFEN!

126 Euro zum Leben

Im September 2013 berichteten wir über das Schicksal von Herrn Z. (Name der Redaktion bekannt). Der 74jährige Steirer hat sechs Kinder großgezogen und gesundheitliche Probleme, für die er auch finanzielle Aufwendungen hat. Vor vielen Jahren wurde einer seiner Söhne durch eine schwere Krankheit zu einem Pflegefall. Ein anderer Sohn verstarb vor drei Jahren und hinterließ Schulden, die Herr Z. abbezahlen muss.

Vor einiger Zeit erhielt Herr Z. eine Aufforderung des Landes, er müsse für seinen pflegebedürftigen Sohn 210 Euro monatlich Regress bezahlen. Nach einer Rücksprache mit der Behörde wurde ihm zugesagt, man schaue sich seinen Fall noch einmal genau an. Dann hörte er monatelang nichts mehr und hoffte schon, dass die Behörde seine finanzielle Notlage anerkannt hätte.

Doch weit gefehlt – im März 2013 erhielt er eine neuerliche Zahlungsaufforderung, nun auch mit Nachforderungen ab dem 1.1.2012, in Summe beinahe

3.500 Euro. „Wo soll ich denn als 74jähriger Pensionist so viel Geld auf einmal hernehmen“, fragte Herr Z. verzweifelt beim Sozialhilfeverband nach. „Meine Familie und ich fürchten uns vor dem nächsten Winter, weil wir uns das Heizen nicht mehr leisten können. Es wird einfach bedenkenlos drübergefahren.“ Jetzt bleiben

Herrn Z., der sein Leben lang in das Sozialsystem eingezahlt hat, 126 Euro im Monat zum Leben.

Tatsächlich müsste Herr Z. in seinem speziellen Fall auch in anderen Bundesländern Regress leisten. Gerech ist das trotzdem nicht, denn dafür, dass es seinem Sohn so schlecht geht, wird Herr Z. nun auch noch bis aufs letzte Hemd ausgezogen. Nach einer Prüfung wurde der Betrag um 30 Euro reduziert, es bleiben aber noch immer 180 Euro monatlich über, dazu kommen Raten für die Nachzahlung, 50 Euro pro Monat – bei sonstiger Exekution. Eine Zahnreparatur und eine neue Brille, beides wäre nötig, war nicht mehr drinnen.

„Zum Glück war der Winter bisher recht warm“, erzählte uns Herr Z. Anfang Jänner. Denn der Öltank seiner Heizung ist fast leer und er kann nur stundenweise heizen. „Wie stellt sich die Landesregierung das vor? Ich zahle alles, was von mir verlangt wird, aber es ist kein Ende in Sicht. So kann es nicht weitergehen.“

Ungleichheit in Österreich: Steirer zahlen, alle anderen nicht

Weg mit dem REGRESS!

**Der Kampf geht weiter!
18.000 Unterschriften – aber Voves und Schützenhöfer mauern sich ein**

ONLINE Petition!

KPÖ

www.kpoe-steiermark.at

MEINUNG

GLB

Von Hilde Tragler,
Betriebsrätin (MAGNA-STEYR)
und Kandidatin des GLB-KPÖ bei der
Arbeiterkammerwahl vom
27.3. bis 9.4. 2014



Gerechtigkeit muss sein!

Immer vor Wahlen wird im Vorfeld der AK-Wahl im März/April nächsten Jahres über Gerechtigkeit geredet. Die Arbeiterkammer vertritt in Österreich mehr als drei Millionen Lohnabhängige. Als Kandidatin bei der Arbeiterkammerwahl stelle ich zum Thema Verteilungsgerechtigkeit einige Fragen: Ist es gerecht, dass der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen in Österreich seit 20 Jahren rückläufig ist? Ist es gerecht, dass bei steigenden Profiten die Leistungssteigerungen des Einzelnen bei der Lohnentwicklung keine Rolle spielen? Durch neue Flexibilisierungsforderungen der Wirtschaft wird diese Entwicklung weiter verschärft!

Die AK spricht von Vermögenssteuern. Ja, das wäre ein riesiges Betätigungsfeld im Namen der Gerechtigkeit. Es steht außer Streit, dass ein

ganz geringer Teil der Bevölkerung den Löwenanteil an Vermögen besitzt und sich sehr dezent mithilfe diverser „Gestaltungsmöglichkeiten“ aus der Steuerpflicht heraushält.

Vor diesem Hintergrund läuft das Sparprogramm der Politik, welches die Beschäftigten weiter unter Druck setzt und die Verteilungsgerechtigkeitsfrage weiter verstärkt. Besonders belastet werden durch diese Politik große Personengruppen, die Frauen, Arbeitslosen, Pensionisten.

Der Aufgabenbereich für die Arbeiterkammer ist so riesig, dass sie unmittelbar nach der Wahl anständig loslegen muss, um die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten bis zur nächsten Wahl abzubauen,

**meint Ihre
Hilde Tragler**

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

0316/71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei: ● Anträgen auf **Pflegegeld** ● Antrag auf „einmalige Unterstützung“ ● **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung ● anderen Problemen

Madlen – Katharina – Julia – Lisa

Politik braucht junge Leute – Wir stellen vor

Wir sind Katharina Raffling, Madlen Schröttner, Julia Reiner und Lisa Reiner und mit unseren 17 beziehungsweise 18 Jahren zählen wir uns noch zu den jungen „Hupfern“, die von nun an öfters ihre Meinungen, Anregungen und Erlebnisse in dieser Zeitung schildern werden.



Katharina



Julia

Wir wollen als Beispiel dafür stehen, dass auch uns Jugendlichen das politische Geschehen nicht egal ist. Als Schülerinnen der vierten Klasse der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in Graz, hatten wir im Jahr 2012 die Möglichkeit, uns freiwillig für den Jugendlandtag anzumelden.

Jugendlandtag

Gesagt – getan und schon standen wir im Landhaus vor einer Menge Politikerinnen und Politikern, die unsere Anliegen anhörten und uns einen Einblick in die Landespolitik gaben. Der Jugendlandtag weckte in uns ein politisches Interesse, das wir noch keiner speziellen Partei zuordnen. Man kann uns also als ziemlich „unparteiisch“ ansehen. Wir sind der Meinung, dass auch wir Jugendliche etwas bewegen können, dass wir Mitsprache haben und diese auch äußern dürfen. Einen Teil dieser Mitsprache wollen wir in den folgenden Ausgaben der steirischen Volksstimme den Lesern und Leserinnen mitteilen. Doch bevor dies soweit ist, stellen wir uns vor:

Madlen Schröttner, 17 Jahre und wohnhaft in Gössendorf, liebt es Ballett zu tanzen und würde ihr Hobby gerne die gesamte Zeit

ausüben, leider kommt ihr oft die Schule dazwischen, in der sie gerne die ein oder andere Stunde „schlafen“ würde, wie sie des Öfteren betont. Madlen ist ein lustiger Mensch, der in jeder Lebenslage ihre ehrliche Meinung äußert und sagt, was sie sich denkt.

Katharina Raffling, 17 Jahre jung. Sie hat einen Vogel (das ist natürlich wörtlich gemeint), ist stolze Bärbacherin und ein ständig lächelnder, verlässlicher Mensch, der überall gute Laune versprüht. Außerdem ist Kathi, wie wir sie alle nennen, einer der spontansten Menschen dieser Erde, mit dem man Pferde stehlen kann.

Julia Reiner, gehört genau wie **Lisa Reiner** bereits zu den „alten“ dieser Runde. Die beiden sind bereits 18 Jahre und, wie vielleicht bereits vermutet, Zwillinge aus Salla, also ebenfalls stolze Weststeirerinnen. Unsere „Zwillinge“, wie sie in der Mehrzahl gerufen werden, sind sehr engagiert in



vielen Vereinen tätig und sind immer um das Wohl ihrer Mitmenschen bemüht. Außerdem teilen die beiden auch gerne, egal ob ihre Jause, ihr Gewand oder ihre Hausübung, Hilfsbereitschaft wird groß geschrieben.

Obwohl wir vier sehr unterschiedlich sind, zählen das Lachen und vor allem das Reden zu unseren gemeinsamen Hobbies. Hobbies, die auch in der Schule von uns nicht vernachlässigt werden – manchmal vielleicht zum Leid der Professoren und Professorinnen. Wenn wir außerdem nicht gerade den Wirtschafts- und Politikteil der Tageszeitung lesen,

sind wir auch gerne unterwegs und widmen uns einem weiteren Hobby: Dem Knüpfen sozialer Kontakte, kombiniert mit Bewegung zu rhythmischer Musik – in der Fachsprache auch „fortgehen“ genannt.

Keine Tanten

Darüber hinaus sind wir alle sehr bemüht im Umgang mit Kindern und schätzen die Arbeit mit der „kleinen Generation“ sehr (nach der Matura sind wir Kindergartenpädagoginnen – keine „Tanten“ Anm.) Ob unserer Berufs- beziehungsweise Studienwahl sind wir noch eher unentschlossen.

Gastkommentar von Ingrid Harrer, Weiz

Monsanto unter falscher Flagge

Der Saat- und Genpflanzkonzern Monsanto hat gemerkt haben, dass sein Name nicht gut ankommt. Deshalb verkauft er Saatgut nun unter falschem Namen an ahnungslose Gemüsegärtner. Dazu verwendet er Firmennamen, die er zuvor geschluckt, also aufgekauft hat. So vertreibt der Genkonzern Saatgut für Gurken, Tomaten und Salate unter dem Namen seiner Tochterfirma „De Ruiters Seeds“. Auch die Namen der Firmen „Semenis“ und „Kiepenkerl“ missbraucht er auf diesem Wege.

Die Verbraucherschützerin Heike Moldenhauer: „Würde Monsanto draufstehen, wo Monsanto drin ist, wäre das das Antiverkaufsargument schlechthin“.

Wie können Gemüsegärtner dem Weltkonzern aber entkommen? Ich erlaube mir, auf die Homepage der Arche Noah zu verweisen, wo man die Möglichkeit hat, gentechnikfreies Saatgut zu erwerben: <https://www.arche-noah.at/>

Arbeiterkammer-Wahl 27. März bis 9. April 2014

Die Stimme aus dem Betrieb



Hilde Tragler
Betriebsrätin Magna

GLB-KPÖ

Liste 5



MAGNA STEYR